

Oktober 2012

# NÖGemeinde

Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



DVR: 0930 423

**Kommunalpolitisches  
Großereignis in NÖ**  
**59. Österreichischer Gemeindetag  
in Tulln**



www.alpenland.ag



www.atlas-wohnbau.at



www.austria-ag.at



www.frieden.at



www.gedesag.at



www.gnb-nbg.at



www.hoe.at



www.kamptal-gbv.at



www.kaw.at



www.gnb-nbg.at



www.frieden.at



www.schoenerezukunft.at



www.terra.ag



www.tullnbaue.at



www.waldviertel-wohnen.at



www.wet.at

BAUEN +  
WOHNEN



IN NIEDERÖSTERREICH



# WIR BAUEN FÜRS LEBEN.

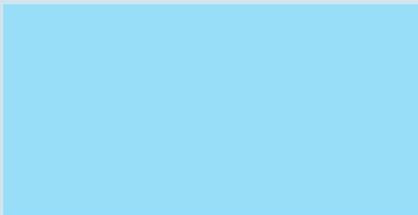
Wohnqualität für Generationen. Dank unserer erfahrenen und kompetenten gemeinnützigen Wohnbauträger aus Ihrer Region, die genau wissen, wie Sie **geförderten Wohnraum** schnellstmöglich Ihr neues Zuhause nennen können. Bauen Sie mit uns an Ihrem persönlichen Wohntraum – überzeugen Sie sich unter unserer **Service-Hotline: 02742 / 9020 560** oder wählen Sie Ihr neues Zuhause gleich direkt bei einem unserer **16 gemeinnützigen Wohnbauträger** der ARGE Wohnen Niederösterreich.

Oder jetzt gleich online aus dem aktuellen Wohnungsangebot wählen und den geeigneten Platz zum Leben finden.  
**www.argewohnen.at** bzw. **www.noewohnservice.at**

ARGE WOHNEN  
niederösterreich

## Aktuell im xxxxx

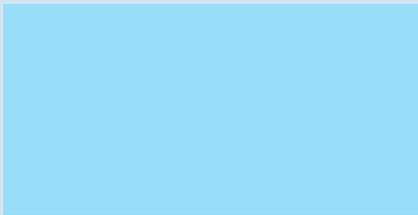
### politik



txt

- 05** Gemeindebund: Alfred Riedl wird Vizepräsident
- 06** Gemeindegemeinschaften: Österreich lehnt deutsche Position ab
- 07** Umfrage unter Gemeindepolitikern
- 08** Neue Gymnasien beschlossen
- 12** Interview mit Walter Kirchler zu Themen der Dorferneuerung
- 14** Das NÖ Wohnbaumodell schafft Lebensqualität

### recht & verwaltung



txt

- 18** Vergabe von Bauaufträgen
- 20** Schwere Zeiten für Raucher
- 26** Amtsverschwiegenheit

**txt**  
txt



LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
Präsident



# Es war ein **Hochfest der Kommunalpolitik**

*Tulln war Schauplatz des 59. Österreichischen Gemeindetages*



Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka eröffnete den Gemeindetag. Bild: Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Landesrat Stephan Pernkopf, Moderator Peter Madlberger, LH-Stv. Sobotka und der Tullner Bürgermeister Peter Eisenschenk.

von **Helmut Reindl**

**E**rstmals nach neun Jahren war Niederösterreich wieder Austragungsort des Österreichischen Gemeindetags. Eröffnet wurde dieser am Donnerstag, den 13. September durch Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka. Als ehemaliger Bürgermeister von Waidhofen/Ybbs sprach er aus Erfahrung, wenn er auf den schlechten Ruf von Politikern angesprochen meinte, dass gerade auf lokaler Ebene das Image der Amtsträger sehr gut sei. „Bürgermeister und Gemeinderäte sind draußen bei den Leuten. Die Bevölkerung weiß, welche Arbeit da geleistet wird.“ Und er wandte sich auch scharf gegen jene, die in den Medien die Kommunen als Schuldenmacher verunglimpfen: „Ich bin es leid, dass permanent auf die

Gemeinden heruntergeschaut wird. Denn das große Geld wird nicht dort, sondern vom Bund ausgegeben!“ Zum traditionellen Festakt am Freitag, den 14. September erschien die gesammelte Polit-Prominenz aus Bund und Land, um den Gemeinden ihre Aufwartung zu machen. So kamen Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler Michael Spindelegger, Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Landeshauptmann Erwin Pröll und Staatssekretär Sebastian Kurz in die Rosenstadt Tulln. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer erinnerte zu Beginn seiner Festrede an den großen Niederösterreicher Leopold Figl, dessen Geburtstag sich am 2. Oktober zum 110. Mal jährte. „Er hat gleich nach Ende des Krieges begonnen, die kommunale Infrastruktur aufzubauen, weil er

wusste, dass das Land nur funktionieren kann, wenn die Gemeinden funktionieren.“ Den Bogen zum Heute schloss Mödlhammer indem er heraus hob, dass Österreich die derzeitige Krise bisher besser überstanden hat als andere Länder, weil hierzulande die Gemeinden als Wirtschaftsmotor noch intakt sind. Und er verwehrte sich vehement gegen Stimmen, die die Kommunen als Reformverweigerer und Schuldenkaiser hinstellen. „Die Gemeinden sind die Sparmeister der Nation“, stellte er klar. „Wir haben nicht nur ausgeglichen bilanziert, sondern sogar einen Überschuss erwirtschaftet.“

### Neue Gespräche über Vorsteuerabzug

Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten müsse alles getan werden, dass der Wirtschaftsmotor Gemeinden nicht ins Stottern komme. Eine schwere Belastung sei der Wegfall des Vorsteuerabzugs für Investitionsprojekte. Vor allem, wenn es um Investitionen in Schulprojekte gehe. Vizekanzler Michael Spindelegger sagte in seiner Rede spontan zu, dass dieser Punkt noch einmal verhandelt werden könne: „Setzen wir uns zusammen, schauen wir, was wir da gemeinsam auf die Reihe bringen.“

Mödlhammer hatte aber auch noch andere Kritik am Bund. So sei die Eisenbahnkreuzungsverordnung gegen den Widerstand der Kommunen eingeführt worden. Besonders perfide: Die geschätzten Kosten wurden so lange herunter gerechnet, bis der Konsultationsmechanismus nicht mehr ausgelöst werden musste. Mödlhammers Lehre daraus: Es sei nicht sinnvoll, dass die Folgekostenrechnung von jener Institution gemacht wird, die den Vorschlag einbringt. Das solle von einer unabhängigen Stelle gemacht werden, etwa dem Rechnungshof.

Ein weiteres Beispiel wie über Gemeinden „drüber gefahren“ werde, sei der Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung. Auch hier seien die Kommunen nicht in die Verhandlungen eingebunden worden. Daher möchte der Gemeindebund-Chef, dass die Gemeindevertreterverbände in Zukunft Verträge mit dem Bund abschließen können, ähnlich wie die Länder es bereits mit den 15a-Verträgen können.



Bundespräsident Heinz Fischer, Landespolizeidirektor Franz Prucher, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und die Vizepräsidenten Rupert Dworak und Alfred Riedl sowie Landeshauptmann Erwin Pröll



Das Präsidium des Gemeindebundes



GVV-Chef Alfred Riedl gab bekannt, dass das Benefizkonzert in Grafenegg einen Erlös von 10.000 Euro erbracht hat. 3.000 Euro gingen an ein zwei Jahre altes Kind aus der Vorarlberger Gemeinde Nüziders, das durch die Folgen einer Gehirnhautentzündung beeinträchtigt ist. Weitere 3.000 Euro gingen an eine Spendenplattform für die Unwetteropfer in St. Lorenzen in der Steiermark. Und 4.000 Euro erhielt der siebenjährige Lukas Wieder, der durch das Unwetter in Pöchlarn zum Vollwaisen wurde.

Landeshauptmann Erwin Pröll hob in seinen Grußworten die hohe Lebensqualität in Niederösterreich hervor. „Das ist auch das Ergebnis der Politik in den Gemeinden, und dafür können wir unseren Bürgermeistern dankbar sein.“ Die Kommunen seien für das demokratische Gefüge im Land unverzichtbar. „Die Gemeinden sind die Schule der Demokratie und der finanzielle Stabilisator im Land“, so Pröll. Er sprach auch die aktuelle Diskussion über die Wehrpflicht an und stellte klar: Wir brauchen Menschen, die bereit sind zu dienen und die nicht nur VERdienen wollen.“

### Gemeinden bieten Wärme

Bundespräsident Heinz Fischer beleuchtete eine andere wichtige Aufgabe der Gemeinden indem er meinte: „In schwierigen Zeiten wenden sich viele Menschen verstärkt jener Ebene zu, die ihnen emotional am nächsten steht. Und das ist die Gemeinde.“ Hier könnten Menschen am unmittelbarsten Nähe und Geborgenheit erfahren.

Vizekanzler Michael Spindelegger berichtete über seine Erfahrungen als Sohn eines Bürgermeisters (Erich Spindelegger war jahrelang Ortschef in Hinterbrühl). Dadurch habe er schon von Kindheit an erfahren, wie anstrengend, aber auch wie verantwortungsvoll die Arbeit als Bürgermeister ist.

### Spindelegger: Neue Initiativen

Spindelegger kündigte einige neue Initiativen an. So will er etwa den Bürgern mehr Informationen über die Verwendung von Steuergeldern anbieten. Außerdem möchte er das Persönlichkeitswahlrecht stärken. Und jedes Volksbegehren, das es ins Parlament schafft, soll in einer Sondersitzung des Nationalrates behandelt werden. Trotz aller Gegensätze zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ortete der Vizekanzler eine Gemeinsamkeit: nämlich, dass sie kein Geld haben. „Wir brauchen eine dauerhafte Budgetkonsolidierung“. Denn es gehe nicht an, unseren Kindern und Enkeln einen Schuldenberg zu hinterlassen.

In seiner Funktion als Außenminister freute sich Spindelegger über den Erfolg der Aktion „Europagemeinderäte“, von denen es bereits in 500 Gemeinden einen gibt.



Der Bundesvorstand des Gemeindebundes tagte in Krems.



Vizekanzler Michael Spindelegger mit GVV-Vizepräsident Karl Moser.



Bezirkshauptmann Andreas Riemer, Vzbgm. Gerhard Figl (Langenrohr), Thomas Buder, Anna Haider (beide Tulbing), Bgm. Johann Benedikt (Kirchberg), Vzbgm. Karl Traxler (Tulbing), GVV-Vizepräsident Bgm. Karl Moser (Yspertal) und Monika Gattinger (Tulbing)



Landeshauptmann Erwin Pröll: „Die Gemeinden sind die Schule der Demokratie und der finanzielle Stabilisator im Land.“



Vizekanzler Michael Spindelegger sagte in seiner Rede zu, noch einmal über den Wegfall des Vorsteuerabzuges verhandeln zu wollen.

Großes Interesse an der Fachtagung zum Thema „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?“ mit Minister Hundstorfer, Gemeindebund-Chef Mödlhammer und den GVV-Präsidenten Riedl und Dworak sowie Manfred Moorman von A1.



„Sofagespräch“ zum Thema „Kommunale Beleuchtung“ Im Bild: Norbert Kolowrat von Philips Austria, Alois Steinbichler von der Kommunalkredit und Moderatorin Christiane Teschl-Hofmeister



Die Ehrengäste standen nach dem Festakt geduldig für Fotoaufnahmen zur Verfügung. Hier mit der Gruppe aus der Gemeinde Wienerwald.



FLGÖ-Chef Franz Haugensteiner konnte Rechnungshofpräsident Josef Moser als Referent bei der Bundesfachtagung begrüßen.

# Das war die **Kommunalmesse** in Tulln

*Über 8000 Besucher an den drei Messetagen*

**G**emeinsam mit dem Gemeindegtag fand auch die Kommunalmesse in Tulln statt. Mehr als 170 Aussteller präsentierten Produkte und Dienstleistungen, die Gemeinden für ihre tägliche Arbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger brauchen. Erstmals gab es auch einen Praxistag, der sich vor allem an die Mitarbeiter von

Gemeinden richtete. Insgesamt kamen an den drei Messetagen über 8000 Besucher und besichtigten die Stände der 170 Aussteller.

Eröffnet wurde die Messe von Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, die auf die gute Zusammenarbeit von Land und Gemeinden in Niederösterreich verwies.

Erstmals hielt auch der Fachverband leitender Gemeindebediensteter Österreichs (FLGÖ) seine jährliche Fachtagung im Rahmen der Kommunalmesse ab. FLGÖ-Obmann Franz Haugensteiner konnte dazu unter anderem Rechnungshofpräsident Josef Moser sowie Landesrat Karl Wilfing begrüßen.



Landesrätin Petra Bohuslav am Stand der Bundesimmobiliengesellschaft mit Gerhard Baumgartner von der BIG und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer.



GVV-Chef Alfred Riedl und Wolfgang Viehauer beim Bieranstich am Stand der Hypo NOE Gruppe. Helmut Mödlhammer assistierte.

Gemdat-Geschäftsführer Franz Mandl demonstrierte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, den Landesregierungsmitglieder Karin Scheele und Stephan Pernkopf sowie GVV-Chef Alfred Riedl die neuesten EDV-Anwendungen.



Die Landesregierungsmitglieder Wolfgang Sobotka, Karin Scheele und Stephan Pernkopf mit Gemeindebund-Chef Mödlhammer, den beiden GVV-Präsidenten und Tullns Bürgermeister Peter Eisenschenk.



Landesrat Karl Wilfing mit Kommunalverlag-Chef Michael Zimmer am Stand der EVN.



Hoher Besuch am Raiffeisenstand: Alfred Riedl, Helmut Mödlhammer, Edgar Hauer, eine Messebesucherin, Markus Ecker, Bundespräsident Heinz Fischer, Eva Balcar und Angela Stransky



Reger Andrang beim Stand der Post.



Als Niederösterreicher besuchte Vizekanzler Michael Spindelegger natürlich auch den Stand der NÖ Versicherung.

Generaldirektor Alois Steinbichler empfing die Polit-Prominenz am Stand der Kommunalkredit.



GVV-Geschäftsführer Christian Schneider im bequemen Mistkübel der ARA.



Die Einkaufsplattform kommunalbedarf.at hatte eine Kunststoff-Eisstockbahn errichtet. Im Bild: Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka (oben) und Landesrätin Petra Bohuslav (unten) beim Ausprobieren.



Vizekanzler Spindelegger und GVV-Vizepräsident Karl Moser bei der Firma Containex.



Landesrat Karl Wilfing und Kommunalverlag-Chef Michael Zimmer mit den Messeausgaben von KOMMUNAL und NÖ Gemeinde.



NÖ Gemeinde-Berater Walter Rettenmoser führte interessierte Besucher durch die Messe.



Obmann Walter Mayr und das Team der ARGE Wohnen begrüßten Vizkanzler Michale Spindelegger.



Landesrat Stephan Pernkopf, Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka, eine Mitarbeiterin der Caritas, Bürgermeisterin Michaela Walla aus Warth und GVV-Chef Alfred Riedl.



Auch bei der Wien Energie war der Vizkanzler ein gerne gesehener Gast.



Bürgermeisterin Inge Rinke informierte bei einem Vortrag des Pflegeheim-Betreibers SeneCura über das Sozialzentrum Krems.



Die Delegation aus Bad Erlach am Praxistag.



Der Stand der Wasser- und Abwasser-Experten Hydro Ingenieure am Freigelände.

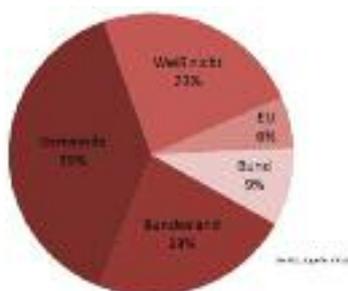
# Gemeindeebene genießt noch das **größte Vertrauen**

*Aber Image der Politik ist generell im Sinken*

Die Gemeinde ist jene politische Ebene, der die Österreicher am meisten vertrauen. Das zeigt eine Blitzumfrage, die der Gemeindebund im Vorfeld des Gemeindetages vom Meinungsforschungsinstitut OGM hat durchführen lassen.

Die Frage „Welcher politischen Ebene vertrauen Sie am meisten?“ beantworteten 39 Prozent der Befragten mit: „Meiner Gemeinde“. 23 Prozent vertrauen den Bundesländern am meisten, nur 9 Prozent vertrauen der Bundesebene, 6 Prozent der EU-Ebene. „Wir haben das in den letzten Jahren immer wieder abfragen lassen“, erklärt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Zum Teil könne man die Ergebnisse daher vergleichen und Trends ablesen. Und weiter: „Erfreulich ist für uns natürlich, dass die Menschen der Gemeindepolitik immer noch am meisten Vertrauen schenken. Wobei man schon anmerken muss, dass der generelle Frust über die Politik auch auf diesen Index stark durchschlägt. Für die Bundesländer und die Gemeinden sind diese Vertrauenswerte in Ordnung, der Bund und auch die EU sollten sich Gedanken darüber machen, wie sie verloren gegangenes Vertrauen wieder herstellen können.“

Welcher politischen Ebene vertrauen Sie am meisten?



Die Studienergebnisse wurden auf einer Pressekonferenz von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und seinen Vizes Alfred Riedl und Rupert Dworak vorgestellt.

## Gemeinden arbeiten auch am effizientesten

Eindeutige Antworten geben die Menschen auf die Frage, welche Ebene (Bund, Land, Gemeinde) am effizientesten arbeitet. Auch hier liegen die Gemeinden mit großem Abstand voran (50 Prozent), gefolgt von den Bundesländern (25 Prozent)

„Interessant ist, dass mit zunehmender Größe der Gemeinde das Vertrauen in die Effizienz der Verwaltung abnimmt“, merkt Mödlhammer an.

## Kommunen sollen mehr Einfluss bekommen

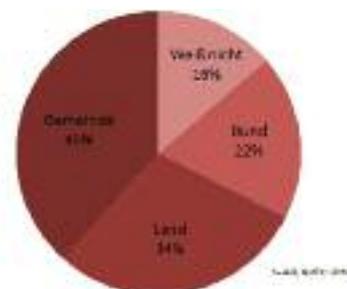
Knapper werden die Ergebnisse dann, wenn man die Menschen fragt, welche Ebene künftig an Einfluss und Entscheidungsgewalt gewinnen soll. Allerdings waren bei dieser Frage Mehrfachnennungen möglich. 45 Prozent wünschen sich, dass die Gemeinden an Einfluss und Bedeutung gewinnen, 34 Prozent finden, dass die Länder an Bedeutung zunehmen sollten. Der Bund erreicht auch bei dieser Frage mit 22 Prozent den schlechtesten Wert.

GVV-Chef Alfred Riedl: „Die Arbeit der Gemeinden wird von den Menschen enorm geschätzt. Der flächendeckende Vertrauensverlust in die Politik betrifft aber alle Ebenen und sollte ein Warnsignal sein.“

*„Interessant ist, dass mit zunehmender Größe der Gemeinde das Vertrauen in die Effizienz der Verwaltung abnimmt.“*

Gemeindebund-Präsident  
Helmut Mödlhammer

Welche staatliche Ebene sollte künftig an Einfluss und Entscheidungsgewalt gewinnen?



# Bürgermeister fürchten, vor den Kadi gezerzt zu werden

29 Prozent wollen nach der aktuellen Periode nicht mehr antreten

Mehr als die Hälfte der Bürgermeister in Österreich hatte schon einmal haftungsrechtliche Probleme. Das ergab eine Befragung von knapp 500 Ortschefs durch Pricewaterhouse-

Coopers im Auftrag des Gemeindebundes. Und die Zahl der Bürgermeister, die vor diesem Problem steht, nimmt stetig zu.

„Dass Niederösterreichs Bürgermeister im Ländervergleich die wenigsten

Schwierigkeiten haben, ist nur ein schwacher Trost“, sagt GVV-Präsident Alfred Riedl. „Nur“ 44 Prozent sind hierzulande bisher in eine brenzlige Situation gekommen. In Kärnten – dem

Rekord-Bundesland in diesem Vergleich – mussten sich fast drei Viertel der Ortschefs bereits mit Haftungsfragen herumschlagen.

Riedl: „In den letzten Jahren nehmen wir eine deutliche Häufung rechtlicher Auseinandersetzungen wahr. Praktisch jeder Bürgermeister hat die Sorge, dass er früher oder später geklagt oder in die persönliche Haftung genommen wird.

Dazu kommt, dass 88 Prozent der befragten Gemeindechefs das Gefühl haben, dass ihr Aufgabenfeld wächst. Verkleinert hat sich das Pensum de facto bei niemandem. „Die Belastungen steigen nicht nur für die

Gemeinden als Gebietskörperschaften, sondern auch für die politisch verantwortlichen Funktionsträger“, weiß Riedl. „Die Leute erwarten oft einen Wunderwuzzi an der Spitze ihrer Gemeinde, der sich um alles kümmert, der Manager und Beichtvater zugleich ist. Das setzt viele Amtskollegen unter gewaltigen Druck.“

Dass die Funktion des Bürgermeisters bei vielen auch Spuren hinterlässt, zeigt die Tatsache, dass 29 Prozent der heimischen Ortschefs nach der aktuellen Periode nicht mehr antreten wollen. „Wir stehen einerseits vor einem Generationenwechsel“, beobachtet Alfred Riedl. „Andererseits sind die vielfältigen Anforderungen und Belastungen aber sicherlich auch ein Grund dafür, warum der eine oder andere Kollege darüber nachdenkt, ob er sich das noch antun will.“

*„Die Leute erwarten oft einen Wunderwuzzi an der Spitze ihrer Gemeinde, der sich um alles kümmert, der Manager und Beichtvater zugleich ist.“*

GVV-Präsident Alfred Riedl

## Schlussfolgerungen und Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes

1. Die politischen Ebenen haben mit einem teils dramatischen Verlust an Vertrauen zu kämpfen, der den Bund, die Länder und die Gemeinden gleichermaßen betrifft. Das Vertrauen in die Gemeinden als bürgernächste Einheiten ist dabei noch am größten.
2. Dieser Vertrauensverlust existiert zum Teil auch zwischen den politischen Ebenen. Der Bund macht Gesetze und Verordnungen, ohne Rücksicht darauf, welche Kosten und Aufwände in den Ländern und Gemeinden nach sich ziehen. Der Gemeindebund fordert daher die Prüfung jeder Gesetzesvorlage durch den Rechnungshof, bevor sie in Begutachtung geht. Der RH soll dabei vor allem auf die Kostenfolgen neuer
3. Gesetze und Verordnungen achten.
3. Effizienz ist keine Frage der Größe von Organisationseinheiten. Verwaltung und Abläufe werden nicht automatisch effizienter, je größer eine Einheit ist.
4. Arbeitspensum und Anforderungen an Bürgermeister steigen mit jedem Jahr. Die Aus- und Weiterbildung von Amtsträger ist als wesentliche Notwendigkeit von den Bürgermeistern erkannt. Der Gemeindebund und seine Landesverbände werden versuchen, das Angebot an Bildungsmöglichkeiten deutlich zu erhöhen und zu intensivieren.
5. Die soziale Absicherung von Bürgermeistern ist immer noch ein nicht zufriedenstellend gelöstes Problemfeld. Der Gemeindebund fordert die Abschaffung bestehender Nachteile für Bürgermeister in sozialrechtlicher Hinsicht. Angesichts der Tatsache, dass ein Drittel der Amtsträger bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten will, brauchen wir dringend qualifizierten und motivierten Nachwuchs für das Bürgermeisteramt.
6. Wichtiger Teil der Absicherung der Ortschefs ist auch die Minimierung haftungsrechtlicher Risiken. Die Zahl rechtlicher Auseinandersetzungen, von denen Bürgermeister auch persönlich betroffen sind, steigt. Bundes- und Landesgesetzgeber haben hier auch eine Schutzfunktion gegenüber den Bürgermeistern.

# Erfolgreiche Halbzeitsbilanz in „gedrehten“ Gemeinden

*Neunkirchen, Moorbad Harbach, Sonntagberg, Korneuburg*

von Franz Oswald

Die NÖ Gemeindewahlen vom 14. März 2010 brachten für die Volkspartei Niederösterreich landesweit eines der besten Ergebnisse in der Zweiten Republik: So stellt die Volkspartei seither 428 Bürgermeister und 6795 Gemeindemandatare. Sensationell war das „Drehen“ von 15 bisher SP-dominierten Gemeinden zugunsten der ÖVP, darunter einige ausgesprochene SP-Hochburgen, etwa die Bezirksstädte Neunkirchen und Korneuburg. Die NÖ Gemeinde zieht pro Landesviertel für jeweils eine Gemeinde bzw. eine(n) Bürgermeister/in Halbzeitbilanz.

Es zeigt sich, dass sich in den zweieinhalb Jahren Vieles geändert und oft verbessert hat – und dies trotz der Finanzprobleme und Schuldenberge, die für diese ehemaligen SP-Gemeinden durchgehend kennzeichnend waren. Die vier Gemeinden sind außer den beiden bereits genannten noch Moorbad Harbach und Sonntagberg.

## Neunkirchen lebt auf

Zweieinhalb Jahre Amtsführung durch Bürgermeister Osterbauer (VP), privat Restaurant- und Hotelbesitzer, haben in der 65 Jahre lang SP-geführten Stadt Neunkirchen bereits deutliche Spuren hinterlassen. Der neue Gemeindechef fand leere Kassen vor, das Land sprang wie auch in anderen Fällen helfend ein. Vor allem aber schuf Osterbauer dank einer guten Zusammenarbeit mit Grünen und Freiheitlichen eine solide politische Arbeitsbasis. Meinungen von Bewohnern und Gästen Neunkirchens zeigen nachweislich eine gehobene Zufriedenheit mit der Stadt – dies aufgrund einer verbesserten Infra-

struktur, besserer Bildungs- und Freizeitangebote, mehr Einkaufsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch wegen neuer positiver Zukunftsperspektiven. Osterbauers Kurs, alle politischen Gruppierungen und alle interessierten Bürger in die Stadtentwicklung einzubinden, ging voll auf. Ebenso die Leitlinie, den unvermeidbaren strikten Sparkurs nicht auf Kosten der sozial Schwachen zu fahren. Dazu gehört auch eine Integrationspolitik mit einer gelungenen Einbindung in- und ausländischer Zuwanderer.

Osterbauers Halbzeitbilanz ist demgemäß herzeigbar: Der Bogen reicht von zwei neuen Kindergärten und zusätzlichen Plätzen für Zweieinhalbjährige, Schüler-Nachmittagsbetreuung, Innenstadtbelebung mit Ausweitung der Gratisparkzeit, Förderung der örtlichen Wirtschaft bis zur Studentenförderung und Etablierung Neunkirchens als Fair-Trade-Gemeinde. Vor allem wurden zwei Großprojekte forciert: Die Neubauten des Krankenhauses – nun Landessache – und des Bahnhofes, dessen Baubeginn jetzt ein Jahr früher erfolgt.

## Moorbad Harbachs neuer guter Geist

Margit Göll (VP), seit 2010 mit acht von 15 Mandaten (das neunte wurde knapp verfehlt) Bürgermeisterin in Moorbad Harbach, erneuert die Gemeinde mit einer konsequenten Politik der kleinen Schritte. Man könnte auch sagen mit der Beharrlichkeit und dem guten Geist einer Frau. Auch hier waren als Folge der Finanzlage große Sprünge nicht möglich. Margit Göll dachte zunächst an Wohnraum; insbesondere für junge Zuzügler, die im Moorbad arbeiten, aber auch für ältere Mitbürger. Es wurde



Herbert Osterbauer Margit Göll

Bauland bereitgestellt, und familien-gerechte Wohnungen, aber auch Betreutes Wohnen sind im Entstehen. Im Zivilberuf Kindergartenleiterin in Großschönau, verschönert Margit Göll das bekannte Moorbad, mit über 260.000 Nächtigungen übrigens Niederösterreichs zweitgrößte Tourismusgemeinde, Schritt für Schritt. Eine dringend notwendige verstärkte Ortsbildpflege, saubere Plätze, Straßen, schmucke Wartehäuschen zeugen davon ebenso wie Photovoltaik-Projekte und nicht zuletzt eine aktive Nachbarschaftspolitik Richtung nördlicher Nachbar.

So wurden drei EU-Projekte mit der tschechischen Partnergemeinde Stropnice umgesetzt: ein gemeinamer Radweg, ein Steinmonument an der Grenze und ein Kinderaustausch. Für beides, Photovoltaik-Einsatz und grenzüberschreitende Aktivitäten, gab es Auszeichnungen: den „Meilenstein für den Frieden“ sowie den Photovoltaik-Preis des Bezirkes Gmünd. Ganz wichtig für die Bürgermeisterin: die rege Bürgerbeteiligung an den verschiedensten Vorhaben, zusammengefasst in einem aktiven Dorferneuerungsverein. Die Stimmung ist gut in Moorbad Harbach, nicht nur unter den Kurgästen.

## Der Banker als Gemeindegärtner

Sonntagberg, heute „schwarz“ regiert - das schien lange Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Thomas Raidl (VP), im Zivilberuf Bankangestellter, schaffte nicht nur eine Trendumkehr, sondern gleich auch das Bürgermeisteramt, während die SPÖ deutlich verlor. Keine Neuverschuldung, die Finanzen stabilisieren - mit diesem Motto begann der



Thomas Raidl Christian Gepp

Banker sein Sanierungswerk für die Gemeinde, unterstützt vom Land. Alle Fraktionen zogen mit, die positiven Folgen zeigten sich schon bald. Bereits 2011 gab es keine Neuverschuldung mehr, der Abgang wurde halbiert, immerhin 700.000 Euro an Schulden getilgt. Dennoch werden neue Projekte realisiert - notwendige, freilich weniger spektakuläre, von Kanalbauten bis zur Friedhofsanierung. Ein zäher Weg, zu dem es für Raidl keine Alternative gibt. Mit Wohnprojekten - Wohn- und Reihenhäuser, auch Betreutes Wohnen - wird dem Bevölkerungsabgang begegnet, verlor doch die Industrie- und Tourismusgemeinde seit 2001 über-

schend 10 Prozent ihrer Bevölkerung. Die Infrastruktur mit Entsorgungs-, Wasserversorgungs- und Güterwegebau, neuem Postpartner, Photovoltaik-Installierung etc. wird ebenso gefestigt wie Jugend- und Kinderprojekte, etwa mit Ferienspielen, forciert. Leisbare Vorhaben sind für Bürgermeister Raidl vorrangig, auch solche, die das Image der Marke Sonntagberg heben: So feiert die Basilika 2014 ihren 500. Geburtstag Jubiläum, das berühmte Sonntagberger Gnadenbild wird 400 Jahre alt. Zuletzt war Sonntagberg auch anderwertig in den Schlagzeilen: als Etappenziel der Österreich-Rundfahrt. Wichtige Etappen hat auch der Bürgermeister bereits zur Halbzeit erreicht.

## Korneuburg: Leitbild 2036 - rege Bürgerbeteiligung

Christian Gepp (VP), seit 2010 Bürgermeister von Korneuburg, einer jahrzehntelangen „roten“ Domäne, hat die Bezirksstadt auf Zukunftskurs gebracht. Der Masterplan, das neue Leitbild, reicht bis ins Jahr 2036, mehr als 300 Bürger arbeiten am Zukunftskonzept engagiert mit. Dabei ringt der Stadtchef durchaus mit Gegenwarts- und Vergangenheitsproblemen: Die Finanzen waren auch hier trist, für 2013 wird ein positiver Rechnungsabschluss erwartet. Zudem wird die Stadtverwaltung mittels Syntegration erneuert: Eine Firma mit internationaler Erfahrung durchforstet alle Bereiche auf Doppelgeleisigkeiten, daraus resultierende Einsparungen, Verbesserungen des Bürgerservice etc. An konkreten Projekten nennt der Bürgermeister den umfassenden Kinder-

gartenausbau auf 21 Gruppen, den von der Stadt mitbeeinflussten Bahnhofs-ausbau, die Nachnutzung des bisherigen Gerichtsgebäudes mit Einkaufszentrum, Wohnungen und Hotel und nicht zuletzt das Werft-Projekt. So entsteht auf dem Gelände der früheren Schiffswerft auf privater Basis ein Projekt mit den Schwerpunkten Freizeit, Wohnen, Arbeit, jetzt mit umwelttaffinen Arbeitsplätzen.

Überhaupt ist Korneuburg mit rund 12.500 Einwohnern, Tendenz steigend, eine begehrte Wohnstadt mit erstklassiger Infrastruktur: Ämter, Schulen, Arbeitsplätze, Verkehrsanbindungen, Kultur- und Vereinsleben, Wien-Nähe u.v.m. Hohe Lebensqualität. Kein Wunder, dass ein beachtlicher Zuzug - von einfachen Arbeitnehmern bis zu Spitzenmanagern - zu verzeichnen ist. Für den Bürgermeister zusätzlich erfreulich: die funktionierende Allianz der Parteien, zumindest in Form von Themenpartnerschaften. Zum sichtbaren Nutzen der Stadt.



Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,  
Chefredakteur der  
NÖ Landesregierung i.R.,  
jetzt freier Journalist

# VERGABE JOUR FIXE

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs

Ort: Bartensteingasse 2 (3. Stock),  
1010 Wien, Vortragssaal

Info & Anmeldung:  
kanzlei@schramm-oehler.at  
www.schramm-oehler.at

KEINE  
TEILNAHME-  
GEBÜHR

**Donnerstag, 18. Oktober 2012:** „Neues Korruptionsstrafrecht: Wege durch ein Minenfeld“ mit **Klenk** (Falter)

**Donnerstag, 22. November 2012:** „Raus aus dem Vergaberecht?“ mit **Gruber** (BVA)

**Donnerstag, 13. Dezember 2012:** „Die besten Entscheidungen des Jahres 2012!“ mit **Reisner** (BVA)

**Hinweis ZVB Autorentag: Donnerstag, 17. Jänner 2013:** „Die besten Entscheidungen des Vergabekontrollsenates Wien“ mit **Lehner** (Stadt Wien) und **Oppel** (Wiener KAV)

**Donnerstag, 31. Jänner 2013:** „Abnahme, Übernahme, Rechnungslegung bei Bauvorhaben“ mit **Kropik** (TU Wien)

SCHRAMM ÖHLER  
RECHTSANWÄLTE

# Sportlichste Gemeinde des Landes gesucht

Wettbewerb „Unsere Sportgemeinde“ findet zum zweiten Mal statt

Mit dem Wettbewerb „Unsere Sportgemeinde“ sollen Menschen, Gemeinden und Organisationen dazu angespornt werden, den ersten Schritt zu mehr Bewegung zu machen. Mit diesem Wettbewerb fördert das SPORT.LAND.Niederösterreich Initiativen, die Menschen zu regelmäßiger, gemeinschaftlicher sportlicher Betätigung motivieren. „Viele Gemeinden werden wieder mitmachen und in ihrem Umfeld bewegendere Initiativen starten. Diesem Engagement wollen wir die notwendige Anerkennung zollen, aber auch Anreize und Initialzündung für schlummernde Ideen geben“, sagt Sportlandesrätin Petra Bohuslav.

Aktionspate ist der Langstreckenläufer und Vizepräsident der Sportunion NÖ, Michael Buchleitner. „In jedem Alter, egal ob jung oder alt, sind Sport und Bewegung eine wichtige Voraussetzung für umfassendes Wohlbefinden. Die vielfältigen positiven körperlichen, seelischen und sozialen Wirkungen regelmäßiger Bewegung unterstützen dabei, Risikofaktoren zu reduzieren und Schutzfaktoren für die Gesundheit aufzubauen.“

Bis 15. November haben wieder alle niederösterreichischen Gemeinden die Möglichkeit, bei dieser Initiative mitzumachen. Organisationen wie Sportvereine, Schulen, Unternehmen oder sonstige Vereine in Niederösterreich

## Informationen

SPORT.LAND.Niederösterreich,  
Stefan Grubhofer  
Tel.: 02742/9000-19872  
E-Mail: [stefan.grubhofer@noe.co.at](mailto:stefan.grubhofer@noe.co.at)  
[www.unsere-sportgemeinde.at](http://www.unsere-sportgemeinde.at)



NÖN Marketingchef Martin Lammerhuber, GVV-Vizepräsident Johannes Pressl, Landesrätin Petra Bohuslav, ORF-Landesdirektor Norbert Gollinger und SPORT-UNION-NÖ Vizepräsident Michael Buchleitner

sind aufgerufen ihre Sport- und Bewegungsprojekte einzureichen. Ziel ist es, besondere Initiativen in Gemeinden für ihr Engagement und Vorbildwirkung auszuzeichnen, die sich besonders für die Förderung von Bewegung einsetzen. Gleichzeitig sollen neue Ideen gefunden werden um noch mehr Menschen dafür zu begeistern.

„Die Ziele des Wettbewerbes 2009/10 wurden bei weitem erfüllt, und diese gilt es nun zu toppen. Sport spornt die Menschen ja seit jeher an, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und sich manchmal auch selbst zu übertreffen“, erklärt Landesrätin Bohuslav.

## Wer darf mitmachen?

Teilnahmeberechtigt sind politische Gemeinden und Statutarstädte, aber auch andere Träger wie z. B. Schulen in Absprache mit der Gemeinde. Die Bewerbung erfolgt ausschließlich über einen online Bewerbungsbogen auf

[www.unsere-sportgemeinde.at](http://www.unsere-sportgemeinde.at).

Eingereicht werden kann bis 15. November 2012. Eine hochrangige Jury wird die Projekte bewerten.

Der Wettbewerb teilt sich in verschiedene Kategorien, in welchen Initiativen aus dem gesamten Spektrum des Sports und der Bewegung eingereicht werden kann, sei es Bewegung im Alltag, Gesundheit, Breiten- oder auch Leistungssport.

Prämiert werden ein Landessieger und vier Regionssieger in der Hauptkategorie, ein Sieger in der Sonderkategorie „Generationen verbinden“ und zwei Sieger in der Sonderkategorie „Zukunft“, für Projekte die noch nicht umgesetzt wurden. Die Preise der Sonderkategorie Zukunft werden von den beiden Gemeindevertreterverbänden zur Verfügung gestellt. Die Bekanntgabe der Siegeregemeinden erfolgt im Rahmen eines Festaktes im Februar 2013.

## Verfälschte Darstellung

### Schulden: Rechnungshof wertet Wien als Gemeinde, nicht als Land

In mehreren Zeitungen wurde kürzlich aus dem „Bundesrechnungsabschluss 2011“ des Rechnungshofes zitiert, wonach der Schuldenstand der österreichischen Gemeinden explodiert sei.

„Das stimmt nicht“, kritisiert Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Der Grund: Der Rechnungshof zähle Wien zu den Gemeinden und nicht zu den Bundesländern, sodass die Schulden der Bundeshauptstadt zum Ergebnis der Gemeinden dazugezählt würden. Das sei unüblich. „Sowohl im Finanzausgleich, als auch im Stabilitätspakt wird Wien richtigerweise zu den Bundesländern gezählt und nicht zu den Gemeinden“, so Mödlhammer. Er weist die vom Rechnungshof angewandte Darstellung zurück. „Sie ist zutiefst unfair, weil fast die Hälfte der

genannten 8,6 Milliarden Euro Maastricht-Schulden allein Wien zuzurechnen sind. Die Gemeinden (ohne Wien) haben dagegen im Jahr 2011 sogar Überschüsse von rund 400 Mio. Euro erwirtschaftet und müssen sich nun vom RH als Schuldenkaiser hinstellen lassen. Das ist nicht besonders vertrauensbildend.“

Richtig sei, dass die Finanzschulden der österreichischen Gemeinden in den letzten fünf Jahren um insgesamt rund 6 Prozent gestiegen sind. Die Gemeinden (ohne Wien) haben mit Ausnahme der Jahre 2009 und 2010 ihre Maastricht-Ziele immer erreicht, ganz im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften. Ich würde mir wünschen, dass alle anderen Ebenen auch so sorgsam mit Steuergeldern umgegangen wären“, so Mödlhammer.



Richtig ist, dass die Finanzschulden der Gemeinden in den letzten fünf Jahren um insgesamt rund 6 Prozent gestiegen sind.

## Fünf neue „tut gut“-Wanderorte

### Die Initiative „Tut gut!“ erweitert das Wegennetz

Rechtzeitig zu Beginn der Herbstsaison, stehen seit Mitte September insgesamt 30 Strecken in Niederösterreichs schönsten Wanderregionen für einen Ausflug in der Natur zur Verfügung! Denn was gibt es Schöneres, als die angenehm warmen Sonnenstrahlen bei einer Wanderung durch die farbenfrohe Herbstlandschaft zu genießen!

Am 15. August wurde im Zuge des Kräuterfestes in Sprögnitz, direkt bei „SONNENTOR“ der Erste von den fünf neuen „tut gut“-Wanderwegen in Niederösterreich eröffnet.

Ab Mitte September folgten die Weinstadt Poysdorf im Weinviertel, die Marktgemeinde Pyhra, nur wenige Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt, die Gemeinde Rohrendorf, direkt an der Schwelle zur Wachau und

die Gemeinde Zöbern in der Buckligen Welt.

#### Abwechslungsreiche Strecken

Die 30 „tut gut“-Wanderwege zeichnen sich durch unterschiedliche Schwierigkeitsgrade, sowie abwechslungsreiche und familienfreundliche Streckenführung aus. Auch Informationen zu den regionalen Besonderheiten, sowie zu den Themen Ernährung, Bewegung und Mentale Gesundheit erwarten Wanderbegeisterte auf Informationstafeln entlang der „tut gut“-Wanderwege der Initiative „Tut gut!“

„Bewegung, genauso wie mentale Gesundheit und richtige Ernährung gehören zu den wichtigsten Faktoren wenn es um unsere Gesundheit geht“, so Dr.in Edith Bulant-Wodak, Leiterin der Initiative „Tut gut!“.



#### Information

„tut gut“-Hotline  
unter 02742/22 6 55  
[www.noetutgut.at](http://www.noetutgut.at)



Das Regierungs-Team um Landeshauptmann Erwin Pröll beschloss bei seiner Arbeitsklausur konkrete Maßnahmen. Den Schwerpunkt legt man in Niederösterreich auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Auch in die Sicherheit, die Bildung und in den sozialen Bereich wird investiert.

# Konkrete Maßnahmen für den Arbeitsmarkt

*LH Erwin Pröll: NÖ verzeichnet Rekordstand von 600.000 Beschäftigten*

Von einem „Rekordergebnis“ am Arbeitsmarkt konnte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll anlässlich der Arbeitsklausur der Volkspartei Niederösterreich berichten: „Wir haben derzeit in Niederösterreich eine Beschäftigung von 600.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist eine Rekordmarke, die es in der gesamten Zweiten Republik in Niederösterreich noch nicht gegeben hat.“ Vor 20 Jahren habe es im Bundesland rund 480.000 Beschäftigte gegeben, informierte Pröll: „Das heißt, dass es uns gelungen ist, in diesen 20 Jahren rund 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen.“

## Positive Signale bei der Jugend

Zwar sei auch in Niederösterreich im August die Arbeitslosigkeit um 6,4 Prozent und damit im Österreichschnitt gestiegen, es gebe jedoch trotz des Anstiegs auch „positive Signale“ etwa bei der Jugendarbeitslosigkeit, die um fünf Prozent gesunken sei, informierte der Landeshauptmann. Um der aktuellen Situation zu begegnen, habe man einige Maßnahmen fixiert. So werden etwa die Beschäftigungs-Initiativen „start up“ und „Job 2000“ erweitert, berichtete Pröll. „Unternehmen erhalten Förderungen, wenn sie arbeitslose Jugendliche oder Langzeitar-

beitslose einstellen. Die Förderungen werden von 33 auf 50 Prozent erhöht, bis Jahresende werden rund 300 zusätzliche Plätze entstehen.“ Weiters werden im Zuge des Lehrlingsaufnahmernetzes 200 zusätzliche Plätze verfügbar gemacht, für die Region Waldviertel wird das „Waldviertler Job-Tandem“ gestartet, und 100 Plätze entstehen im Zuge einer Arbeitsstiftung für Frauen ab 45 Jahren.

## Unterstützung für Pendler und kleine Unternehmen

Zur Unterstützung der rund 300.000 Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich werde ab 2013 die Pendlerhilfe neu gestaltet, kündigte Pröll an. So werde der Bezieherkreis erweitert (ab 20 Kilometer, zuvor ab 25 Kilometer), die Unterstützung erfolge kilometergenau, und für Pendler, die Öffentliche Verkehrsmittel benutzen, wird es 20 Prozent mehr Unterstützung geben. „Wir nehmen dafür rund 1,5 Millionen Euro zusätzlich in die Hand“, sagte der Landeshauptmann.

In der Wirtschaftspolitik wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Kleinstunternehmen gelegt. „92 Prozent der Unternehmen in Niederösterreich haben keine bis maximal neun Mitarbeiter. Ihnen wollen wir besonders unter die Arme greifen“, meinte Pröll. Dazu soll das Angebot der regionalen Innovati-

onszentren ausgeweitet und ein Maßnahmenpaket für Kleinstunternehmen erarbeitet werden. Auch die Exportoffensive des Landes soll fortgesetzt werden. „Eine Milliarde, die im Export erwirtschaftet wird, sichert 8.000 Arbeitsplätze in Niederösterreich ab“, sagte Pröll.

## Investitionen in Sicherheit, Soziales und Bildung

Als sicherheitspolitische Maßnahme wird die Aktion „Sicheres Wohnen“ wieder eingeführt. So gibt es ab 1. Oktober 1.000 Euro Direktzuschuss für die Installierung von Sicherheitstüren, 1.000 Euro für die Installation von Alarmanlagen und 1.500 Euro für Videoanlagen. Als Initiative für die ältere Generation sollen bis Ende 2013 rund 500 zusätzliche Wohneinheiten im Rahmen des betreuten Wohnens errichtet werden. „Seit 2006 haben wir 2.600 betreute Wohneinheiten fertig gestellt“, bilanzierte Pröll.

Ein weiteres Investitionsprogramm betrifft den Schulbereich: Bis 2017 werden rund 300 Millionen Euro in Volksschulen, Hauptschulen, niederösterreichische Mittelschulen, Polytechnische Schulen und Sonderschulen investiert, um „unsere Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau zu halten“, wie der Landeshauptmann betonte.

# Bezahlter „Freiwilligendienst“ zerstört das Ehrenamt

Reichhaltiges Herbstprogramm bei der Klubklausur der VPnÖ präsentiert



Foto: Michael Parak, IMC FH Krems

Sportwissenschaftler Werner Schwarz gab bei der Klausur in Krems Klubobmann Klaus Schneeberger, Bürgermeisterin Inge Rinke und Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka Tipps für mehr Bewegung im politischen Alltag.

Entgeltliche Einschaltung des ÖVP Landtagsklubs

**E**in bezahlter ‚Freiwilligendienst‘, wie ihn die SPÖ nun als Alternative zum Zivildienst vorschlägt, zerstört die Freiwilligentätigkeit in unserem Land. Denn die tausenden Floriani und Rettungsmitarbeiter fragen sich dann, weshalb Kollegen für die gleiche Tätigkeit Geld bekommen und sie nicht. Es kann nicht sein, dass ein bezahlter Freiwilligendienst die Alternative ist. Denn das ist das Ende des Ehrenamts. Daher treten wir für die Beibehaltung der Wehrpflicht und des Zivildiensts ein“, erklärt VP-Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger anlässlich der VP-Klubklausur am Campus Krems. „Erinnern wir uns zehn Jahre zurück, als unser Land von dem verheerenden Jahrhunderthochwasser betroffen war. Ohne die tausenden Rekruten, die zusammen mit dem Kaderpersonal Tag und Nacht im Einsatz waren, wäre das Leid und die Zerstörung durch die Wassermassen noch größer gewesen. Ein Katastrophenschutz

ohne Wehrpflicht ist nicht vorstellbar. Wir brauchen mehr Schutz und nicht weniger. Und wir brauchen Helfer, die rasch da sind und keine Truppen, die erst irgendwann von irgendwo anreisen müssen“.

## „SP-NÖ weiß hier weder ein, noch aus“

Für den VP-Klubobmann steht daher fest, dass die Wehrpflicht und der Zivildienst im Sinne der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher erhalten bleiben müssen. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sich von Spitzenrepräsentanten einer staatstragenden Partei, dass sie hier eine klare Position beziehen. Umso erschütternder ist es, dass die Leitner-SPÖ in dieser Frage weder ein, noch aus weiß“, so der VP-Klubobmann.

## Mehr Bewegung für Schülerinnen und Schüler

Verstärkt soll auch die Freude der Kinder an Bewegung werden. „Zwar ist Nieder-

österreich mit der Aktion ‚tut gut‘ schon gut aufgestellt und es gibt viele Aktionen vor allem für Erwachsene, aber um bereits im Kindesalter dieses Fit, diese Belastbarkeit und diese Gesundheit in den Mittelpunkt zu stellen, unterstützen wir die Initiative ‚die tägliche Turnstunde‘ für mehr Bewegung von Schülerinnen und Schülern“, informiert Klubobmann Schneeberger. Dort, wo das Land Verantwortung hat, wolle man entsprechende Schritte für mehr Bewegung für die Schülerinnen und Schüler setzen, in den Bundesschulen ist Ministerin Schmied gefordert, so Schneeberger weiter.

## Neuordnung der NÖ Pendlerhilfe & Gespräche mit Wien

Bewegung wird es auch im Bereich der NÖ Pendlerhilfe geben. „Das Modell des ‚Pendler-Euros‘ findet eine breite Front an Unterstützern. Doch auch Niederösterreich ist Musterschüler und macht die NÖ Pendlerhilfe attraktiver und gerechter. In wenigen Tagen wird das neue Modell vorgestellt, das für eine kostengenaue Unterstützung der NÖ Pendlerinnen und Pendler sorgt“, berichtet der VP-Klubobmann. Außerdem stehen Gespräche mit den Vertretern Wiens an, um Lösungen für jene Pendlerinnen und Pendler, die durch die Ausweitung des Parkpickerls betroffen sind, herbeizuführen. „Hier muss man schauen, welche länderübergreifenden Lösungen oder Modelle gemeinsam gefunden werden können. Denn es darf nicht sein, dass unsere Pendlerinnen und Pendler bestraft werden, wenn sie in Wien arbeiten, damit für höhere Kommunalabgaben und eine höhere Wertschöpfung in der Bundeshauptstadt sorgen und dann ein weiteres Mal zur Kassa gebeten werden“, steht für Schneeberger fest.

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at):  
Alles aus einer Hand!



**BIS 15.12. MESSEANGEBOTE**

sichern auf

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)

Verkehrszeichen, Stadtmobiliar,  
Baumaschinen, Verkehrsspiegel  
und vieles mehr

**bis zu 15% reduziert!**



KOMMUNALBEDARF.AT

Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)

# Rechtstipps aus der Praxis

## Volksbefragung: Beschlussfassung und Kundmachung

Gemäß § 63 Abs 1 NÖ GO 1973 kann der Gemeinderat über Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, ausgenommen individuelle Verwaltungsakte und überwiegend abgabenrechtliche Angelegenheiten, eine Befragung der wahlberechtigten Gemeindeglieder (Volksbefragung) anordnen. Die Frage, die durch die Volksbefragung zu entscheiden ist, darf sich daher nur auf Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches beziehen.

Für die rechtlich ordnungsgemäße Abwicklung der Volksbefragung ist es sodann entscheidend, dass der Beschluss des Gemeinderates in rechtsrichtiger Weise vom Bürgermeister kundgemacht wird. Weist die Kundmachung des Bürgermeisters gravie-

rende Abweichungen und Ergänzungen vom Beschluss des Gemeinderates auf, so ist sie rechtswidrig. Entscheidend ist daher, dass der Gemeinderat bereits im Zuge der Beschlussfassung den Wortlaut der Fragestellung, die er den Gemeindegliedern zur Befragung vorlegen möchte, möglichst genau formuliert. Dies ist deshalb wichtig, weil der Bürgermeister dann im Rahmen der Kundmachung der Volksbefragung nicht mehr berechtigt ist, die Fragestellung zu präzisieren bzw. zu ändern. Der Verfassungsgerichtshof judiziert zwar, dass geringfügige formale Abweichungen vom Beschluss im Rahmen der Kundmachung zulässig sind. Wenn die Kundmachung gegenüber dem Beschluss des Gemeinderates jedoch

erhebliche Abweichungen und Ergänzungen aufweist, ist sie rechtswidrig.

Es ist daher darauf zu achten, dass die Kundmachung des Bürgermeisters den entsprechenden Gemeinderatsbeschluss wiedergibt. Dies bedeutet, dass der Gemeinderat die genaue Formulierung in der richtigen sprachlichen Form festlegen muss. Nachträgliche Abweichungen und Ergänzungen können daher in der Kundmachung des Bürgermeisters nicht mehr formuliert werden.

Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des Gemeindevertreterverbandes der VPÖ



Franz Nistelberger

# Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

## Das NÖ Hilfswerk bietet beste Betreuung für Senioren in barrierefreier Umgebung

Menschen wollen bis ins hohe Alter selbstständig und selbstbestimmt wohnen – sich aber trotzdem nicht alleine fühlen. Sie wollen in einer vertrauten Umgebung leben und bei Bedarf ein zuverlässiges Pflege- und Betreuungsangebot in Anspruch nehmen. Das alles lässt sich vereinbaren: „Betreutes Wohnen“ ist dafür die ideale Wohnform.

### Professionelles Service

„Betreutes Wohnen“ bietet Privatsphäre in der eigenen, barrierefreien Wohnung. Gleichzeitig ist Sicherheit und optimale Betreuung durch die professionellen Serviceangebote des NÖ Hilfswerks garantiert. Das Hilfswerk hat ein Leistungspaket entwickelt, das an den konkreten Bedarf in der Gemeinde ange-

passt wird. Im Basispaket enthalten sind zum Beispiel regelmäßige Besuche der Hilfswerk-Mitarbeiter/innen, Unterstützung bei organisatorischen Angelegenheiten, Beratung bei pflegerellevanten Themen und vieles mehr. Diese Grundleistungen werden dabei mit frei wählbaren Zusatzleistungen und einem Freizeitprogramm kombiniert. Das Ziel: die Eigenständigkeit der Bewohner erhalten und sie ins Gemeindeleben einbinden.

Das NÖ Hilfswerk ist kompetenter Ansprechpartner für jene Gemeinden und Wohnbauträger, die den Aufbau betreuter Wohnformen planen. Dabei punktet der größte Sozialdienstleister des Landes mit einem flexiblen Angebot: Schon ab fünf betreuten Wohnungen pro Wohnhausanlage bietet das NÖ Hilfswerk das Basispaket an.



Foto: NÖ Hilfswerk/Suzy Stöckl

### Information

NÖ Hilfswerk  
Mag. Annette Hkimi-Blaschke  
Tel.: 02742/249-0  
[www.hilfswerk.at](http://www.hilfswerk.at)

# GREENICE



## OHNE EIS KEIN SPASS?

*Doch! Greenice ist nachhaltiges  
Eislaufvergnügen in  
Ihrer Gemeinde.*

**GREENICE bietet mobile Kunststoffeisbahnen  
für Freizeit und Sport:**

- Exzellente Gleitfähigkeit im Innen- und Außenbereich
- Umweltfreundlich und nachhaltig
- Vielseitig und pflegeleicht
- Spart bis zu 90% der Betriebskosten
- 10 Jahre Garantie

Greenice ist in Österreich exklusiv erhältlich bei:

**K** KOMMUNALBEDARF.AT  
Der Onlineshop für Österreichs Gemeinden

# „Meine Gemeinde **sorgt dafür** ...“

## Neue Plakat- und Inseratenkampagne des Gemeindebundes



Eines der fünf Sujets: Die Freiwilligen Feuerwehren Österreichs werden von den Gemeinden unterstützt und ausgerüstet.

Der Gemeindebund hat eine Initiative gestartet, mit der der Bevölkerung anhand von Beispielen bewusst gemacht werden soll, welche wichtige Funktion ihre Kommune hat.

Mit der Kampagne „Meine Gemeinde sorgt dafür...“ sollen Gemeinden in lokalen Zeitungen auf die vielfältigen Leistungen hinweisen, die sie täglich erbringen. Die fünf verschiedenen Sujets können auf [www.gemeinebund.at](http://www.gemeinebund.at) als Plakate bestellt werden. Der Preis für die Plakate deckt ausschließlich die Selbstkosten des Gemeindebundes ab. Weiters finden sich auf [www.gemeinebund.at](http://www.gemeinebund.at) alle Sujets im Querformat zum Download als Inserat für die Gemeindezeitung. Auch Musterartikel zu den einzelnen Themen stehen dort für die Gemeindezeitung oder für die Homepage bereit.



Sauberes Wasser ist bei uns eine Selbstverständlichkeit – dafür haben die Gemeinden in den letzten Jahrzehnten gesorgt.

plus  
eco

Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich

niederösterreich fördert regionen. mit ecoplus.



Ein Land schafft Zukunft. Vor 25 Jahren wurde die Regionalförderung in Niederösterreich beschlossen. Seitdem hat ecoplus mehr als 2.100 Projekte unterstützt: kommunale Investitionen und touristische Leitprojekte, Betriebs- und Gewerbegebiete, Innovations- und Zukunftszentren. Auch in Zukunft öffnen wir neue Möglichkeiten für die Entwicklung unserer Regionen: Regionalförderung und ecoplus.

[www.ecoplus.at](http://www.ecoplus.at)

ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, Niederösterreichring 2, Haus A, 3100 St. Pölten





Mit einer Ausbauoffensive werden Ökostrom-Projekte auf dem Weg zur Marktreife unterstützt.

# Neue Ökostrom-Tarife

## *Unterstützung für effizienten Ausbau Erneuerbarer Energien*

**W**irtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner hat im Einvernehmen mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Umweltminister Nikolaus Berlakovich die neue Ökostrom-Tarifverordnung erlassen. Die neuen Tarife gelten nach Maßgabe der verfügbaren Kontingente für neue Anlagen, für die ein Antrag auf Vertragsschluss mit der Ökostrom-Abwicklungsstelle (OeMAG) gestellt wird. Damit ein effizienter Ausbau der erneuerbaren Energien in Richtung Marktreife realisiert wird, sind gemäß Ökostromgesetz automatische Abschläge für das Jahr 2013 vorgesehen. Diese liegen je nach Technologie und Kostenentwicklung zwischen 0,5 und 10 Prozent. „Wir gehen davon aus, dass auch die reduzierten Tarife von der Ökostrom-Branche aufgrund der gesunkenen Kosten der Anlagen gut angenommen werden. Durch den effizienteren Einsatz der Fördermittel können wir deutlich mehr Anlagen fördern als bisher“, so Mitterlehner. „Umfragen zeigen, dass die Österreicher bereit sind, mehr für nachhaltig erzeugten Strom zu bezahlen. Gleichzeitig müssen wir aber ein unkontrollierbares Ausufer des Umlagesystems vermeiden und Energie leistbar halten. Daher begrenzen wir anders als in Deutschland die jährliche Förder-

summe und damit die Kosten.“

Während ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland heuer rund 144 Euro an Ökostromkosten zahlt, sind es in Österreich nur circa 36 Euro. In Österreich nehmen die Kosten bis 2015 noch zu, der Zuwachs wird sich aber danach aufgrund des Ablaufes der Förderfrist für viele ältere Anlagen verflachen.

Durch das neue Ökostromgesetz wurde die jährliche Förderzuwachssumme für neue Anlagen auf 50 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Damit werden die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen mit garantierten Einspeisetarifen von den Stromkonsumenten unterstützt.

### **Die neuen Ökostrom-Tarife im Überblick**

#### **Windkraft**

Für neue Windkraft-Anlagen werden für das zweite Halbjahr 2012 jene Tarife herangezogen (9,5 Cent pro Kilowattstunde (kWh)), die schon beim erfolgreichen Wartelistenabbau gut angenommen worden sind. Für 2013 sieht die Verordnung einen Tarif von 9,45 Cent pro kWh vor, was einer Absenkung um 0,5 Prozent entspricht.

#### **Photovoltaik**

Durch ein Auslaufen der Förderungen

für neue Großanlagen mit einer Spitzenleistung über 500 Kilowatt peak (kWp) wird verhindert, dass wie in der Vergangenheit wenige Anlagenbetreiber den gesamten Fördertopf bekommen. Im Gegenzug gibt es künftig für gebäudeintegrierte Projekte eine Kombination aus Investitionszuschuss und Einspeisetarif, damit auch weniger finanzkräftige Bürger die Möglichkeit erhalten, eine PV-Anlage zu errichten. Durch diese Umstellung wird vor allem die dezentrale Eigenversorgung mit erzeugten PV-Strom anstatt einer Voll-einspeisung in das Netz forciert, womit eine kostengünstige Entlastung der Niederspannungsnetze erfolgt

#### **Kleinwasserkraft**

Für neue oder revitalisierte Kleinwasserkraftanlagen besteht künftig die Wahlmöglichkeit zwischen einer Investitionsförderung von maximal 30 Prozent und einem gestaffelten Einspeisetarif über 13 Jahre. Dafür wird eine Staffelung der Tarife für 2012 geschaffen.

#### **Rohstoffabhängige Anlagen**

Stromerzeugung aus Biomasse oder Biogas wird nur dann mit Einspeisetarifen gefördert, wenn gleichzeitig mit der Stromerzeugung auch Wärme erzeugt und genutzt wird.

# Menschen und Technologien **verbinden**

## Das Leistungsspektrum der GW St. Pölten

**W**ir – GW St. Pölten Integrative Betriebe GmbH – sind ein moderner, innovativer und zertifizierter Industriebetrieb und bieten Produkte und Dienstleistungen, nach internationalen Industrie- und Qualitätsstandards, in den Bereichen Metall- und Elektroproduktion sowie Logistik. Wir erfüllen Kundenerwartungen mit unseren motivierten Mitarbeiter/innen, industriellen Standards, Innovationen, permanenter Weiterentwicklung von Technologien, Partnerschaften aus Wirtschaft und Wissenschaft basierend auf gesteigertem Qualitäts- und Umweltbewusstsein.

Die Produktpalette umfasst

- **Elektro/Mechanische Komponenten und Baugruppen**
- **Strom-Schienen**
- **Schaltschränke**

- **Stanzteile/Biegeteile**
- **Kühlkörper/Kühlsysteme**
- **Konfektion von Drahtsätzen/Kabelsätzen**
- **Mechanische Teilefertigung**
- **Textilkonfektionen**
- **Beschriftungstechnik/Schilder**

Unsere Betätigungsfelder umfassen u.a. auch E-Mobility, Erneuerbare Energien und LED-Technologie. Beispiel hierfür ist das Kooperationsprojekt mit der EVN AG „EVN SonnenTankstelle“ wofür die GW St. Pölten 2011 den Clusterland Award gewonnen hat.

Des Weiteren waren wir mit dieser Ladestation für E-Fahrzeuge auf der Kommunalmesse 2012 vertreten. Übrigens: Mit der SonnenTankstelle haben wir eine der ersten Anlagen auf den Markt gebracht, die die neue europäische Norm EN 1090 erfüllt.



Ladestation für Elektrofahrzeuge mit integrierter Photovoltaikanlage

### Information

GW St. Pölten Integrative Betriebe GmbH  
3151 St. Pölten-Hart  
Tel.: 02742/867-0  
E-Mail: [gw@gw-stpoelten.com](mailto:gw@gw-stpoelten.com)  
[www.gw-stpoelten.com](http://www.gw-stpoelten.com)



# Sicherung der **Trinkwasserqualität**

## Uferfiltrat für die Wasserversorgung in Deutsch-Wagram

**W**ien, Graz, Linz – in allen großen Städten, aber auch in vielen kleineren Gemeinden wird für die Wasserversorgung Uferfiltrat herangezogen. Die Gewinnung von Uferfiltrat ist nicht nur in Österreich von großer Bedeutung, sondern auch weltweit gesehen eine der wichtigsten Grundlagen für die Trinkwassersicherung.

Unter Uferfiltrat versteht man Oberflächenwasser (meist Flusswasser), das in den umliegenden Schotterkörper eintritt und durch die dabei ablaufenden Filterprozesse eine hohe Qualität hat.

Uferfiltrat entsteht auch beim Betrieb der Grundwasser-Anreicherungsanlagen der Marchfeldkanal-Gesellschaft. Dabei wird Donauwasser über eigens errich-



Die Grundwasseranreicherungsanlage Stallingerfeld

tete Sickerbecken gezielt in den mächtigen Schotterkörper des Marchfeldes infiltriert. Dieser Grundwasserkörper arbeitet sowohl als natürlicher mechanischer und biologischer Filter als auch als riesiger Wasserspeicher.

Mit dem Prozess der Grundwasseranreicherung werden diese Potentiale des Grundwasserkörpers mit den Vorteilen der hohen Ausgangsqualität des Donauwassers kombiniert.

Die Stadtgemeinde Deutsch-Wagram macht sich jetzt die räumliche Nähe der Grundwasseranreicherungsanlage Stallingerfeld zu Nutze und wird in Zukunft das Uferfiltrat dieser Anlage für die kommunale Trinkwasserversorgung verwenden. Ein über 20 Meter tiefer Entnahmehrungen sowie die Zuleitungsstränge zum Wasserwerk wurden bereits errichtet. Die Anlage wird noch in diesem Herbst in Betrieb gehen.

# Die „Champions-League“ der Dörfer

*Auch NÖ Gemeinde Allhartsberg in der höchsten Kategorie*

Die Schweizer Gemeinde Vals gewann den Europäischen Dorferneuerungspreis 2012. Weitere elf Orte schafften es in die höchste Kategorie. Diese umfasst jene Teilnehmer, die sich durch eine ganzheitliche, nachhaltige und mottogerechte Dorfentwicklung von herausragender Qualität auszeichnen. Darunter waren alle vier österreichischen Teilnehmer, Allhartsberg (Niederösterreich), Krimml (Salzburg), St. Ulrich am Pillersee (Tirol) und Weißensee (Kärnten).

Mehr als 1.000 Dorferneuerungsakteure aus ganz Europa wohnten der Preisverleihung im Cubus Wolfurt, Vorarlberg, bei. In Langenegg wurde ein „Marktplatz Europa“ aufgebaut. In diesem Zeltorf präsentierten die 29 teilnehmenden Gemeinden aus zwölf

Staaten sowie einige Leader-Regionen aus Österreich und Deutschland, die Vielfalt der ländlichen Räume Europas und deren Menschen.

Das diesjährige Motto des Europäischen Dorferneuerungspreises, der alle zwei Jahre von der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung durchgeführt wird, lautete „Der Zukunft auf der Spur“ und sprach damit besonders Kommunen an, die auf ganzheitliche Maßnahmen gesetzt haben, die ihre Zukunftsfähigkeit entscheidend verbessern. Umweltminister Niki Berlakovich, betonte in seiner Festrede die Wichtigkeit vitaler ländlicher Regionen, die nur durch aktive Menschen zu verwirklichen seien. Die Möglichkeit zu Mitbestimmung und Mitentscheiden bei Entwicklungsprozessen sei dabei eine zentrale Voraussetzung.



Foto: Fototeam Digital

Umweltminister Niki Berlakovich, Peter Kaltenecker (EU-Kommission), Hedwig Capaul-Peng (Vals), Theres Friewald-Hofbauer (Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung) und Stefan Schmid (Vals)

## „Reden Sie mit uns über Europa!“

*Das erste EU-Townhall Meeting fand in Mautern statt*

Auf gemeinsame Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Österreich und dem Außenministerium startete eine neue Form des Dialogs der EU mit der Bevölkerung. Mit den so genannten „Townhall Meetings“ (Stadtgespräche) werden in allen Bundesländern Österreichs Veranstaltungen organisiert, wo Politiker rund um das Thema Europa Rede und Antwort stehen.

Die erste Veranstaltung fand in Mautern an der Donau statt. Den Fragen der Bürgerinnen stellten sich Vizekanzler Michael Spindelegger, EU-Kommissar Johannes Hahn, Landesrätin Barbara Schwarz, AK-NÖ-Präsidentin Sonja Zwazl, Christian Farthofer von der Arbeiterkammer und der Mauterner Bürgermeister Armin Sonnauer.

In der mehr als zweistündigen Ver-

anstaltung wurden zahlreiche Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Themen wie „Finanzkrise und Griechenland“, „Zukunft der Europäischen Union“ und „die EU in

Niederösterreich“ intensiv diskutiert. Das zweite „EU Townhall-Meeting“ fand am 22. September in Steyr in Oberösterreich statt; als nächstes steht Graz am 5. November auf dem Plan.



Vizekanzler Michael Spindelegger bei der Diskussion mit Bürgern in Mautern.

# Laos sucht Kontakt zu Gemeinden

*Asiatisches Land will Lebensweise, Organisation und Kultur kennen lernen*

Laos strebt mit Österreich wirtschaftlich, kulturell und in vielen anderen Sektoren engere Beziehungen an. Grund dafür sind



Foto: Kurt Günther/pixelio.de

unter anderem langjährige persönliche Beziehungen einiger Minister der Regierung von Laos mit Österreich (z. B. am Gebiet der Kinderdorforganisation), aber auch die Tatsache, dass Laos mit Österreich einige Ähnlichkeiten hat; topographisch als auch einwohnermäßig. Laos ist zwar rund drei Mal so groß wie Österreich, aber ebenfalls ein Berg- und Hügelland (max. 2.800 Meter, min. 70 Meter) ohne Meerzugang und mit rund 7 Millionen Einwohnern, die vielfach landwirtschaftlich aber auch klein- und mittelgewerblich organisiert sind. Laos möchte daher die Lebensweise, die Organisation und die Kultur einer kleineren österreichischen Gemeinde (Dorf, Markt oder kleine Stadt) im Rahmen eines engeren Kontaktes, eines Gedan-

ken austausches oder einer Partnerschaft kennen lernen. Laos würde vice versa dem jeweiligen Partner die gleichen Informationen, Kontakte etc. anbieten und ermöglichen.

Es gibt keine Präferenzen, in welchem österreichischen Bundesland die Partnergemeinde liegen soll.

## Information

Bei Interesse wenden Sie sich an  
Honorarkonsul KommRat. Dipl.Ing.  
Gottfried-Johann Parizek  
Tel: 01/888 73 63  
Fax 01/888 73 63-9

Honorarkonsulat  
Silvester-Frucht-Gasse 11  
1230 Wien

# Über 500 Projekte realisiert

*25 Jahre Regionalförderung im Industrieviertel*

Im Jahr 1987 wurde das Regionalisierungsprogramm des Landes Niederösterreich gestartet, abgewickelt wird es über ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes. „Im Industrieviertel wurden mit Hilfe der Regionalförderung in den letzten 25 Jahren über 4.200 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert und über 500 Projekte abgewickelt“, sagt Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav.

Im touristischen Bereich wurden Projekte wie die Therme Linsberg, das Gesundheitsresort Königsberg oder der Ausbau der Radwege umgesetzt. Auch Betriebsgebiete wie in Thomasberg, in Willendorf oder in Kirchsschlag wurden unterstützt. Darüber hinaus entwickelte sich das Industrieviertel mit dem Technologie- und Forschungszentrum (TFZ) am Technopol Wr. Neustadt zu einem

international anerkannten Technologiestandort. Das Erfolgsrezept der ecoplus Regionalförderung liegt im gemeinsamen Entwickeln von Projekten. „Der Schlüssel ist der partnerschaftliche Umgang zwischen Land, Gemeinden, Regionen, Projektträgern und den Bürger“, erklärt ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger.

Um Planungssicherheit zu schaffen, entschloss sich die NÖ Landesregierung, die Regionalförderung fortzusetzen und ab 2014 neu auszurichten. „Der weitere Ausbau des Technologiestandorts ist darin ebenso festgeschrieben wie das Forcieren von (interkommunalen) Betriebsgebieten und die weitere Unterstützung von (kultur)touristischen Projekten“, so ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki.



ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki, Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, ecoplus-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger und ecoplus-Bereichsleiter Werner Bauer

# Blickpunkt Landtagswahl

*Schulungen und Informationsveranstaltungen der Kommunalakademie NÖ*

von **Franz Oswald**

Die niederösterreichische Landtagswahl, die voraussichtlich im März 2013 stattfindet, wirft auch in der Arbeit der Kommunalakademie Niederösterreich ihre Schatten voraus.

Die Akademie wird im Zusammenwirken mit der zuständigen Fachabteilung des Landes (Wahlrechtsabteilung) für die Bediensteten und Politiker der Gemeinden in allen vier Landesvierteln Schulungen und Informationsveranstaltungen abhalten.

Beginn ist im November, Referent ist Joachim Weninger von der Fachabteilung. Dabei wird über den aktuellen Stand des NÖ Landeswahlrechtes informiert. Die wichtigste Änderung betrifft Verschärfungen bei der Briefwahl, um Missbräuche und daraus resultierende



Der Stand der Kommunalakademie NÖ auf der Kommunalmesse. Franz Dworak, Birgit Fink, Harald Bachhofer, Josef Braunstein, Landesrätin Petra Bohuslav, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, GVV-Präsident Alfred Riedl, Vizepräsident Karl Moser und Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss.

Wahlanfechtungen möglichst zu vermeiden. Diese Information ist für die Gemeinden umso wichtiger, als sie es

sind, die die Briefwahlkarten ausstellen. Informationsorte und Termine werden den Gemeinden rechtzeitig mitgeteilt.

# Bereits 500 Gemeinden geschult

*Katastrophenschutzausbildung für Gemeinden ist ein Riesenerfolg*

Herr Bürgermeister, in drei Stunden wird Ihre Stadt von einem Jahrhunderthochwasser geflutet.“ So beginnt Thomas Hauser vom NÖ Zivilschutzverband den zweitägigen Kurs für Katastrophenmanager in Tulln. Über 1000 Teilnehmer aus 500 Gemeinden haben diesen Satz bisher bei der Schulung gehört. Niederösterreich kann auf ein effizientes Krisen- und Katastrophenschutzmanagement verweisen. Oberstes Ziel ist es, Gefahren frühzeitig zu erkennen, zu beurteilen und wenn möglich durch Präventivmaßnahmen zu verhindern bzw. die möglichen Schäden zu minimieren. Neben Hochwasser- und Katastrophenschutzanlagen und Einsatzgerätschaften ist auch die Ausbildung eine wichtige Säule eines auf Vorsorge ausgerichteten Katastrophenschutzmanagements.

Dabei übernehmen die Gemeinden eine wichtige Rolle. „Nur wer gut vorbereitet ist, kann auch im Ernstfall optimal helfen“, stellt Landesrat Stephan Pernkopf fest.

Im April 2009 hat das Land NÖ eine Spezialausbildung für die NÖ Katastrophenschutzbehörden gestartet, die in Österreich ihresgleichen sucht. Dass diese Ausbildung von Anbeginn an ausgebucht ist und nun die 500. Gemeinde im Zentrum für Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz in Tulln begrüßt werden konnte ist ein Verdienst der Vortragenden des NÖ Zivilschutzverbandes. „Wir haben praxisnah gelernt, wie wir die Gefahren in unserem Verantwortungsbereich noch besser einschätzen und unsere Katastrophenschutzpläne bestens abstimmen können“, sagt Mödlings Bürgermeister Stefan Hintner.



LAbg. Johann Hofbauer, Präsident des Zivilschutzverbandes NÖ, LAbg. Stefan Hintner, Bürgermeister der Stadt Mödling, Landesrat Stephan Pernkopf und Thomas Hauser, Schulungsleiter des Zivilschutzverbandes NÖ.

# Herbstzeit ist **Bildungszeit** in der Akademie 2.1

*Frauen-Special für die erfolgreiche politische Arbeit*

## Ausdrucksstark und eindrucksvoll Wirkung hinterlassen

### Inhalte:

- Faktoren ganzheitlichen Auftretens
- Was Stil und Haltung aussagen
- Überzeugungskraft durch Sprache und Mimik
- Stärken der Eigenwahrnehmung auf Basis des Life Forces Modells
- Kriterien von gewinnendem Auftreten

### Ihr Nutzen:

- Eigene Stärken entdecken und ausbauen
- Videoanalysen zu Haltung, Kleidungsstil, Sprache
- Neues ausprobieren und Bewährtes verbessern

### Termin:

Sa., 20. Oktober

9.00 bis 17.00 Uhr

Trainerin: Mag. Nicola Charif-Dandaschi

## Was FRAU sagt und MANN versteht

### Inhalte:

- Unterschiede im Kommunikations- und Konfliktverhalten von Mann und Frau
- Psychologische Grundlagen für Verhaltensweisen

### Ihr Nutzen:

- Sie steigern Ihr Einfühlungsvermögen in die verschiedenen Persönlichkeitstypen.
- Sie finden dadurch den richtigen Zugang und die passenden Argumente, um Ihr Ziel zu erreichen.
- Sie gehen bewusst und gelassen mit schwierigen Situationen um und einigen sich leichter auf eine gemeinsame Lösung!

### Termin:

Sa., 10. November

9.00 bis 17.00 Uhr

Trainerin: Anita Stadtherr

## Mitmachen. Mitarbeiten. Beteiligen.

Neue Zielgruppen ansprechen – helfende Hände gewinnen

### Inhalt:

- Das „schlummernde Potential“ – politikferne Bürger/innen ansprechen
- Wie starte ich ein „bürgernahes Projekt“ – Möglichkeiten der Bürgeraktivierung: Open Space, Zukunftskonferenz
- Reality Check als Instrument der Gewinnung von umsetzbaren Projekten
- Fallbeispiele gelungener Projekte mit engagierten Bürger/innen

### Ihr Nutzen:

- Bürgernahe Prozesse ins Leben rufen, neue Zielgruppen ansprechen und zur Mitarbeit gewinnen;
- Methoden wie Open Space und Zukunftskonferenz kennenlernen, mit denen sie Akzeptanz gewinnen und bürgernahe Prozesse begleiten;
- helfende Hände gewinnen

### Termin:

Fr., 23. + Sa., 24. November

Fr. 16.00 bis 21.00 Uhr; Sa. 09.00

bis 17.00 Uhr

Trainer: Dr. Martin Peter



Mit dem Frauen-Schwerpunkt will die Akademie 2.1 Frauen bei ihrer Arbeit in der Gemeinde unterstützen.

## Informationen

[www.akademie.21](http://www.akademie.21)



# Röhrenbach ist die **Rad-Hauptstadt**

*Doppelsieg beim RADLand-Wettbewerb des Klimabündnis NÖ*

**D**rei Monate lang haben 1.300 Radfahrer aus 258 Gemeinden in NÖ Alltagswege mit dem Rad online oder mit Sammelpass gesammelt. Sehr erfreulich war die Beteiligung der Lokalpolitiker – 284 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeinde- und Städträte sind mit gutem Beispiel vorangeradelt. Sieger der „Politikerwertung“ wurde der Bürgermeister von Röhrenbach, Gernot Hainzl. Die Gemeinde im Bezirk Horn setzte sich mit 19.800 geradelten Kilometern auch in der Gemeindegewertung vor Brunn an der Wild und Muckendorf-Wipfing durch. Gemeinsam mit 33 weiteren Radlern aus seiner Gemeinde machte Hainzl Röhrenbach zu Niederösterreichs Rad-Hauptstadt. „Ich bin leidenschaftlicher Radfahrer und nutze mein Rad täglich.

Egal ob zum Gemeindeamt, zu Terminen und Besprechungen, in die Schule oder bei der Fahrt zu Verwandten. In Röhrenbach merkt man, dass Radfahren „in“ ist. Ganz besonders Elektroräder haben wieder Leute aufs Rad geholt, die sonst nicht fahren würden. Durch den Wettbewerb KilometerRADLn konnten wir auch wieder Werbung für das Radfahren in unserer Gemeinde machen und wieder ein paar Leute zum Umsteigen motivieren“, sagt Hainzl .

Insgesamt machten 1.292 Radlerinnen und Radler aus 258 Gemeinden in ganz Niederösterreich beim KilometerRADLn mitgemacht und ihre Alltagswege mit dem Rad gesammelt. Von 15. April bis 15. Juli kamen so 559.537 Kilometer zusammen. Das entspricht einer Einsparung von 92 Tonnen CO<sub>2</sub> und fast 40.000 Litern Treibstoff.



Foto: NLK J. Burchhart

Petra Schön vom Klimabündnis NÖ und Umweltlandesrat Stephan Pernkopf gratulierten dem Sieger der Bürgermeister-Wertung, Gernot Hainzl aus Röhrenbach.

## **Botschafter** des Waldviertels gesucht

*Das Projekt „Wohnen im Waldviertel“ will den Zuzug fördern*

**L**ange Zeit galt das Waldviertel als mystisch, menschenleer und kalt. Die Initiative „Wohnen im Waldviertel“ will für ein Leben im Viertel werben. Durch eine Werbekampagne in den Zentralräumen Wien und Linz, aber auch im Viertel selbst, werden die Vorteile des Wohnstandortes Waldviertel präsentiert. Wer an den Norden Niederösterreichs denkt, soll in Zukunft nicht nur an Ferien und Freizeit, sondern auch an Arbeiten und Leben, Schulen und Chancen, Lebensräume und Lebensqualität denken.

Die teilnehmenden Gemeinden bieten Immobilien an, die zu kaufen oder zu mieten sind: Vom Bauernhof in ruhiger Lage bis zur modernen Dachgeschoßwohnung in der Stadt.

Beim Treffen der Projektsteuerungs-

gruppe am 12. September in der Wirtschaftskammer Horn wurde eine Verlängerung der Initiative bis 2015 beschlossen.

**P e r s ö n l i c h e** Empfehlungen sind die besten Werbeträger. Um

möglichst vielen Menschen die Vorzüge des Waldviertels näherzubringen, werden

Personen gesucht, die

als „Botschafter/innen“ in ihrem privaten und beruflichen Umfeld über den Wohnstandort berichten.



Beim Treffen der Projektsteuerungsgruppe im September wurde eine Verlängerung der Initiative bis 2015 beschlossen.

**Information**

[www.wohnen-im-waldviertel.at](http://www.wohnen-im-waldviertel.at)

## Impressum:

**Herausgeber:** Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Mit der Herausgabe beauftragt:**

Landesgeschäftsführer  
Mag. Christian Schneider

**Medieninhaber:** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22  
www.kommunalverlag.at

**Geschäftsführung:**

Mag. Michael Zimper

**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

**Mitarbeit:** Mag. Sotiria Taucher,

Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss

**DTP:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

**Anzeigenverkauf:** Walter Rettenmoser,

Tel.: 01/532 23 88-25,

E-Mail: walter.rettensmoser@kommunal.at

**Fotos:** Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), iStock Photo (www.istockphoto.com)

**Hersteller:** Leykam Druck, 7201 Neudörfel

**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatäre und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Dieses „Fachjournal für Kommunalpolitik“ erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

# Bezirksobmann **Josef Balber** feierte seinen 50er

Josef Balber, GVV-Bezirksobmann von Baden und Bürgermeister von Altenmarkt an der Triesting, feierte im August seinen Fünfziger. Balber folgte in dieser Funktion im Jahr 2010 Paul Renner nach und bringt aufgrund seiner landesweiten Agenden viel Erfahrung und Know-how für die Gemeindevertreter des Bezirkes ein. Von Beruf Landwirtschaftsmeister und Milchviehhalter in Altenmarkt-Thenneberg, profilierte sich Balber schon früh als Regional- und Gemeindepolitiker. Bereits 1994 zog er in den Gemeinderat seiner Heimatgemeinde ein und wurde



2007 zum Bürgermeister gewählt. Sensationell Balbers Gemeinderatswahlresultat von 2010: 70 Prozent für die ÖVP. 2010 kam Balber auch in den NÖ Landtag, setzt sich hier u. a. vor allem für den Hochwasserschutz, für die Interessen der Klein- und Mittelgemeinden und natürlich für die Bauernschaft ein. Seit November 2011 ist er auch Obmann des NÖ Ökopunktereins. Privat hat Balber, der mit einer gelernten Konditorin verheiratet ist, zwei Söhne und ist auf auf seine vier Enkel stolz.

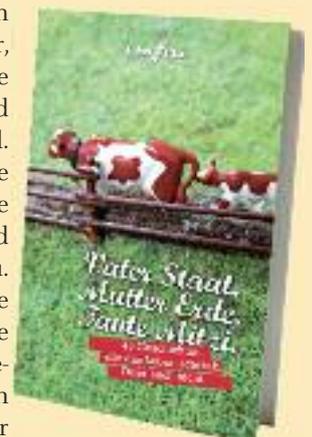
## Buchtipps

### *Vater Staat. Mutter Erde. Tante Mitzi.*

Zwischen 1960 und 1980 geboren? Das ist Ihre Biografie! Die Antworten auf alle brennenden Fragen zur Halbzeit, verpackt in 45 Geschichten auf über 180 Seiten: Warum treten Socken paarweise auf, was macht einen guten Horrorfilm oder Politiker wirklich aus? Wie fühlt sich Versetztwerden an? Wie weit ist Mariazell oder die Rente weg? Wie sehr tut Hedonismus oder ein Fichtenholzspan im Hintern weh? Wenn Liebe wirklich eine chemische Reaktion ist, ist Pornografie demnach eine Grenzwissenschaft? Wie nimmt man in den einzelnen Dekaden das Leben wahr und was davon stimmt eigentlich wirklich? Das religiöse Konsum- und Mehrwertbekenntnis der Wachstumsgeneration.

„Es gibt Bücher, die man gelesen haben muss, andere muss man gelebt haben, um überhaupt hier gewesen zu sein. Darum genau dieses Buch. Es hat Sie gefunden, weil es auch Ihre Autobiografie

ist. Die hat weniger mit Kraftfahrzeugen zu tun als mit dem, was wir gemeinsam erlebt haben. Wir, das sind alle, die zwischen 1960 und 1980 geboren sind. Das sind jene, welche die Antibabypille überlebt haben. Und die Achtziger dazu. Wir, das sind alle, die wissen, dass die Rente die kostspieligste Art ist, auf den Tod zu warten. Wir sind die letzte undigitalisierte Generation, die Königsklasse der Analogie“, so der Autor Herbert Schürz.



*Vater Staat. Mutter Erde. Tante Mitzi. 45 Geschichten, die das Leben schrieb. Oder auch nicht, von Herbert Schürz, Steinverlag, 188 Seiten, 11,90 Euro. ISBN: 978-3-901392-28-3*



# WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive**

#### **zuverlässiger Projektrealisation.**

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, [wolfgang.viehauser@hyponoe.at](mailto:wolfgang.viehauser@hyponoe.at)